

Jahresbericht 2025

Register Reinickendorf zur Erfassung extrem rechter und diskriminierender Vorfälle



Entwicklungen im Jahr 2025: Mehr Vorfälle, rechte Propaganda steigt an

Die Gesamtzahl der Vorfälle in Reinickendorf stieg im Jahr 2025 um 63 Vorfälle auf insgesamt 288 Fälle. Dies entspricht einem Zuwachs von 28 %. Wie in anderen westlichen Berliner Randbezirken - etwa Tempelhof-Schöneberg (273 Fälle) blieb die Gesamtzahl damit weiterhin unter der von Innenstadtbezirken wie Mitte (1104 Fälle) sowie östlichen Randbezirken wie Marzahn-Hellersdorf (970 Fälle).

In Reinickendorf ist im Jahr 2025 vor allem ein deutlicher Anstieg **extrem rechter Propaganda** zu verzeichnen. Dazu zählen Sticker, Flugblätter und Schmierereien, die sich gegen marginalisierte Gruppen oder Personen aus dem linken politischen Spektrum richteten.

Im berlinweiten Vergleich ist Reinickendorf der Bezirk, in dem **rassistische Vorfälle** den höchsten Anteil haben: 52% aller im Bezirk dokumentierten Vorfälle fanden aus rassistischer Motivation statt. Reinickendorf liegt damit vor Spandau (45 %) und deutlich über Bezirken wie Marzahn-Hellersdorf oder Lichtenberg (jeweils 24 %). Bei einer im berlinweiten Vergleich verhältnismäßig geringen absoluten Anzahl an Vorfällen in Reinickendorf, sind im Vorjahr 2024 knapp unter der Hälfte dieser Vorfälle rassistisch motiviert gewesen.

Bei Fällen von **struktureller Benachteiligung** liegt der Bezirk mit 10 % weiterhin über dem berlinweiten Durchschnitt von 6 %.

Reinickendorfer Ortsteile: mehr Vorfälle auch in Randlagen

In Reinickendorf wurden 2025 in allen Ortsteilen bis auf Konradshöhe (2025: 0; 2024: 2) Vorfälle dokumentiert. In den Ortsteilen Reinickendorf (2025: 58; 2024: 57) und Tegel (2025: 41; 2024: 40), die in den letzten Jahren regelmäßig die meisten Vorfälle zu verzeichnen hatten, blieben die Vorfallszahlen stabil.

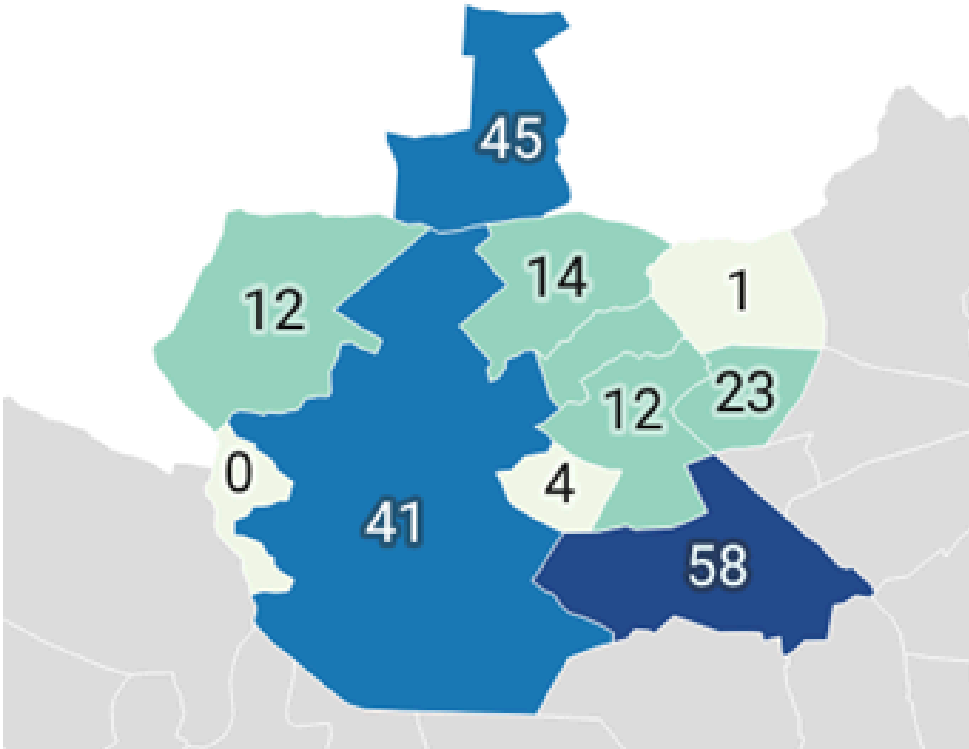
Eine Verdopplung der Vorfallszahlen lässt sich für Frohnau (2025: 45, 2024: 23), Heiligensee (2025: 14; 2024: 7), Hermsdorf (2025: 14; 2024: 7) und Waidmannslust (2025: 20; 2024: 8) feststellen. Angestiegen sind die Vorfälle außerdem in Borsigwalde (2025: 4; 2024: 1) und im Märkischen Viertel (2025: 23; 2024: 17). Auch bezirksweite Vorfälle bzw. solche, deren Ortsteil anonymisiert wurde oder unbekannt war, stiegen deutlich (2025: 45; 2024: 28). Einen Rückgang der dokumentierten Vorfälle gab es lediglich in Wittenau. Dort halbierten sich die Vorfälle (2025: 12; 2024: 25). Im Gegensatz zum Jahr 2024 wurden hier 2025 keine Drohbriefe an politische Parteien gemeldet. Die Zahlen gingen zurück, obwohl in Wittenau insgesamt mehr Propaganda-Meldungen durch regelmäßig meldende Personen dokumentiert wurden.

In Heiligensee, Hermsdorf und Waidmannslust ist die Verdopplung der Vorfälle auf einen Anstieg der Propaganda-Fälle zurückzuführen. Im Gegensatz zum Vorjahr ist deutlich mehr **rassistische und extrem rechte Propaganda** dokumentiert worden. Im Ortsteil Waidmannslust scheint sich extrem rechte Propaganda in den Rollbergen zu konzentrieren; dort wurden über die Hälfte aller Vorfälle für Waidmannslust gemeldet. Die Anzahl der in den Rollbergen dokumentierten Propaganda war deutlich höher als im Vorjahr.

Reinickendorf ist immer noch der Ortsteil mit dem höchsten Anteil an Vorfällen innerhalb des Bezirks (2025: 20%; 2024: 25%). 16% der Vorfälle sind bezirkswweit bzw. unbekannt. Ein Großteil dieser betrifft anonymisierte Fälle, deren Details zum Schutz der Betroffenen nicht veröffentlicht wurden.

In den Ortsteilen Reinickendorf und Frohnau gibt es jeweils ein Zentrum mit Einkaufsmöglichkeiten und Bahnanbindung, in denen sich viele Menschen begegnen und es vermehrt zu Vorfällen kommen kann. Die Verdopplung der Vorfälle in mehreren Ortsteilen Reinickendorfs ist auf den hohen Anstieg an **rassistischer und anderer extrem rechter Propaganda** zurückzuführen. Einerseits konnte die Struktur regelmäßiger Melder*innen deutlich erweitert werden. Es lässt sich andererseits vermuten, dass es Einzelpersonen gibt, die in den ruhigen Reinickendorfer Ortsteilen in Randlage Neonazi-Propaganda verteilen, aber nicht in gewaltbereiten Gruppen im öffentlichen Raum präsent sind und daher keine zusätzlichen Vorfälle von **Angriffen und Beleidigungen oder Bedrohungen** hervorbringen.

Vorfallszahlen (absolut) Ortsteile Reinickendorf



Im Fokus: Neonazi-Propaganda in Frohnau

Bei Betrachtung der Anteile an den Gesamtvorfallszahlen im Bezirk sticht Frohnau mit den zweitmeisten Vorfällen mit 16% (2024: 10%) hervor. Der Großteil der dokumentierten Vorfälle war Propaganda, die zur Hälfte ein rassistisches Motiv hatte. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Propaganda, die sich **gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten** richtete, besonders stark im Ortsteil angestiegen (2025: 9; 2024: 1). Neben Stickern, die sich gegen Antifaschist*innen richteten, tauchten auch mehrere Schmierereien mit dem Zahlencode „1161“ auf, der für „**Anti-Antifa**“ steht. Propaganda durch die extrem rechte Kleinstpartei „**Der III. Weg**“ hat sich in Frohnau auf 19 Vorfälle verdoppelt. Beispielsweise wurden im Juli 2025 rund um die Renée-Sintenis-Grundschule im Laurinsteig in Frohnau ca. 20 Aufkleber der Neonazikleinstpartei und ihrer Jugendorganisation „Nationalrevolutionäre Jugend“ entdeckt und entfernt. Ein Aufkleber war beispielsweise pauschal gegen Geflüchtete gerichtet und trug die Aufschrift „Grenzen dicht! Asylflut stoppen! Grenzschutz ist Heimatschutz!“. Andere richteten sich gegen politische Gegner*innen der Neonazi-Organisationen. Mehrmals wurde Propaganda in der Nähe von Schulen entdeckt. Die gezielte Propaganda an oder in der Nähe von Schulen und Jugendeinrichtungen zählt zu einer Strategie der Neonazi-Partei. Auch in Frohnau wirkt sich die ausgebauten Struktur von Personen, die Propaganda melden, aus: Im Vergleich zu zehn Meldungen durch regelmäßige Melder*innen im Jahr 2024 stiegen solche Meldungen im Jahr 2025 auf insgesamt 30 Meldungen.

Bezirksweite oder nicht bekannte Vorfälle

Unter der Kategorie „bezirkswweit/ unbekannt“ wurden im Jahr 2025 vor allem Vorfälle aufgenommen, die anonymisiert wurden, da sie vulnerable, marginalisierte Menschengruppen betreffen und eine Veröffentlichung eventuelle Konsequenzen nach sich ziehen könnte. Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffe sind besonders häufig in dieser Kategorie zu finden und machen fast die Hälfte der bezirkswweiten/unbekannten Vorfälle aus. Sie fanden aus **rassistischer Motivation** statt, am häufigsten **Anti-Schwarzer Rassismus**. Des Weiteren wurden Infostände mit rassistischen Inhalten der Partei „AfD“ aufgenommen, die in unterschiedlichen Ortsteilen an denselben Wochentagen stattfanden.

Angriffe konstant, rassistische Anfeindungen nehmen zu

Im Jahr 2025 blieb das Niveau der Angriffe bei elf, wie auch schon im Vorjahr. Neun dieser Angriffe waren **rassistisch motiviert; einer antisemitisch und einer LGBTIQ*-feindlich**. Etwas über die Hälfte der Angriffe fand im öffentlichen Raum statt. Von den elf Angriffen waren bei fünf **Kinder oder Jugendliche betroffen**. Außerdem waren zwei Mal Kinder bzw. Jugendliche die Täter*innen: Ein zwölfjähriges Schwarzes Mädchen wurde außerhalb der Schule von einem anderen Kind rassistisch beleidigt und angegriffen. Ein anderes Schwarzes Kind erlebte Gewalt und Diskriminierung durch Mitschüler*innen an der eigenen Schule. Insgesamt fanden drei von elf Angriffen in Bildungseinrichtungen statt; alle diese Angriffe hatten Anti-Schwarzen Rassismus als Motiv. Beispielsweise wurde ein Schwarzer Junge in einer Schule von einer Lehrerin geschlagen, nachdem er rassistische Beleidigungen gemeldet hatte.

Auch das Niveau von **Beleidigungen bzw. Bedrohungen** blieb konstant (2025: 29; 2024: 28). Der Großteil der Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien war rassistisch motiviert (2025: 23; 2024: 11). Im Vergleich zum Vorjahr 2024 haben sich **rassistische Anfeindungen** in Reinickendorf also verdoppelt. Ungefähr ein Drittel der gemeldeten rassistischen Anfeindungen wurden dem Register von Kooperationspartner*innen gemeldet, die ihren Sitz teilweise in der Nähe des Bezirks Reinickendorf haben (z. B. EOTO im Wedding). Die örtliche Nähe könnte erklären, dass besonders viele Betroffene Vorfälle aus Reinickendorf melden, da der Weg zur Beratungsstelle nicht so weit für sie ist. Vier Anfeindungen richteten sich gegen queere Menschen (2024: 6), eine Anfeindung war antisemitisch motiviert (2024: 1) und eine weitere richtete sich gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten (2024: 6). Dass die Anfeindung politischer Gegner*innen gesunken ist, erklärt sich aus einer Unterbrechung der Serie von Drohbriefen an Mitglieder demokratischer Parteien. Für das Jahr 2025 sind dem Register keine Drohbriefe bekannt.

Mehrfach wurden Frauen mit Hijab, die teilweise mit Kindern unterwegs waren, **antimuslimisch** angefeindet. Häufig handelte es sich um spontane Begegnungen im öffentlichen Raum (2025: 8). Gleichzeitig fanden auch mehrere Anfeindungen in Bildungseinrichtungen statt (2025: 6).

Propaganda

Im Jahr 2025 gab es bei den gemeldeten **Propaganda-Fällen** einen deutlichen Anstieg zum Vorjahr. Die Anzahl der dokumentierten Fälle von extrem rechter Propaganda in Reinickendorf, zum Beispiel in Form von Stickern oder Schmierereien, stieg im Jahr 2025 auf 199 Fälle an, was 65 Fälle bzw. 34% mehr waren als im Jahr 2024. Ein einzeln erfasster Vorfall umfasst manchmal eine Vielzahl von Aufklebern, die an einem Ort verklebt wurden. Propaganda ist die Vorfallsart, die den höchsten Anstieg verzeichnet. Sie ist in fast allen Ortsteilen angestiegen, besonders aber in den Ortsteilen Reinickendorf (von 34 auf 43 dokumentierte Fälle), Frohnau (von 22 auf 40), Heiligensee (von 2 auf 11), sowie in Hermsdorf (von 6 auf 13). Die meiste Propaganda war rassistisch (41% der dokumentierten Fälle), gefolgt von Propaganda gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten (24%), der Verharmlosung oder Verherrlichung des Nationalsozialismus (15%) und rechter Selbstdarstellung, also Werbung für extrem rechte Organisationen oder Onlineshops (13%). Aufkleber des extrem rechten Versandhandels „aktivde“ haben sich ausgeweitet, außer im Märkischen Viertel tauchten sie vermehrt in Frohnau, Tegel und Waidmannslust auf. Die Neonazi-Propaganda der Kleinstpartei „Der III. Weg“ ist im Vergleich zum Vorjahr von 14 auf 25 Vorfälle angestiegen und tritt gehäuft in Frohnau auf. Propaganda, die sich gegen Antifaschismus richtet, ist im Vergleich zum Vorjahr auch stark angestiegen (2025: 54; 2024: 15).

Strukturelle Benachteiligung

Vorfälle, die **strukturelle Benachteiligung** betreffen, werden ans Register hauptsächlich durch Kooperationspartner*innen, insbesondere Beratungsstellen, gemeldet. Diese sind meist stark anonymisiert, da es hier um sehr vulnerable Menschengruppen geht, die bei einer Veröffentlichung negative Konsequenzen fürchten müssen (z.B. durch Behörden oder Jobcenter). Dementsprechend erhält das Register nicht zu allen Vorfällen umfassende Informationen.

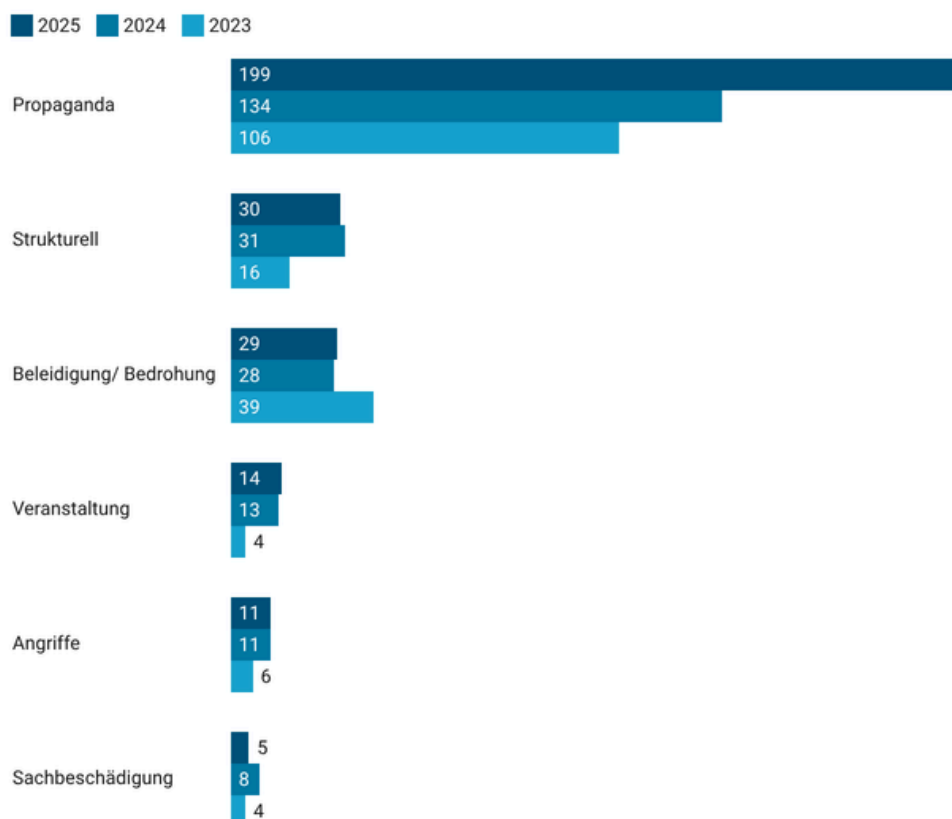
In dieser Kategorie wurden ähnlich viele Vorfälle wie im Vorjahr dokumentiert (2025: 30; 2024: 31). Da jedoch insgesamt mehr Vorfälle dokumentiert wurden, ist der prozentuale Anteil geringer geworden.

Rassismus war wie im Jahr 2024 das vorwiegende Motiv in dieser Kategorie (2025: 22; 2024: 26). Zwölf der rassistischen Fälle ließen sich als **Anti-Schwarzer Rassismus** identifizieren; sieben als **Antiziganismus** und zwei als **antimuslimischer Rassismus**. In knapp einem Viertel der Fälle wurden Kinder oder Jugendliche strukturell benachteiligt und dies vor allem aus anti-Schwarzen rassistischen Motiven. Circa ein Drittel der Fälle fand in Geflüchtetenunterkünften statt. Meldungen aus der Notunterkunft für Geflüchtete in Tegel sind zurückgegangen. Der Rückgang könnte daran liegen, dass die Unterkunft zum Ende des Jahres 2025 geschlossen wurde, es weniger öffentliche Aufmerksamkeit und dadurch mediale Präsenz gab, sowie daran, dass Vorfälle im Jahr 2025 eher durch Kooperationspartner*innen als durch Einzelpersonen gemeldet wurden.

Veranstaltungen

Im Jahr 2025 wurden insgesamt 14 **Veranstaltungen** dokumentiert, auf denen diskriminierende Inhalte verbreitet wurden, ähnlich wie im Vorjahr. Die Hälfte dieser Veranstaltungen waren Wahlkampfstände der „AfD“, auf denen unterschiedliche Ausgaben der Parteizeitung „Der Blaue Bote“ verteilt wurden, welche rassistische, antimuslimische und geflüchtetenfeindliche Inhalte enthielten. Außerdem versuchten junge Neonazis gezielt eine Kundgebung des Bündnisses „Hermsdorf vereint“ unter dem Motto "Hermsdorf steht vereint für Demokratie und gegen Rechtsextremismus" zu stören.

Vorfallsarten



Motive: Rassismus bleibt prägendes Motiv

Rassistische Vorfälle stiegen im Gesamten deutlich auf 151 an (2024: 110). Innerhalb dieser Kategorie dokumentiert das Register die Untermotive Anti-Schwarzer Rassismus, antimuslimischer Rassismus und Antiziganismus. Sowohl Anti-Schwarzer Rassismus als auch antimuslimischer Rassismus haben sich jeweils im Vergleich zum Vorjahr ungefähr verdoppelt: Die Zahl der dokumentierten Fälle **Anti-Schwarzen Rassismus** ist auf 37 angestiegen (2024: 18). Die Vorfälle setzen sich aus einer **Sachbeschädigung**, je sechs Angriffen und Bedrohungen bzw. Beleidigungen, sieben Propaganda-Vorfällen und zwölf Fällen von struktureller Benachteiligung zusammen. Beispielsweise wurde ein Schwarzes Kind von einem weißen Passagier eines Busses angegriffen.

Bei **antimuslimischem Rassismus** ist die Zahl von 17 (2024) auf 32 Fälle im Jahr 2025 angestiegen. Hier setzen sich die Vorfälle anders zusammen als bei Anti-Schwarzem Rassismus: Es wurden fünf Bedrohungen bzw. Beleidigungen, 23 Propaganda-Fälle, zwei Vorfälle struktureller Benachteiligung und sieben Veranstaltungen mit antimuslimischen Inhalten dokumentiert. Beispielsweise erhielt ein muslimischer Verein mehrere Hassmails, die Drohungen beinhalteten.

Auch Antiziganismus ist im Vergleich zum Vorjahr auf 11 (2024: 3) stark angestiegen, lag jedoch in den Vorjahren bereits auf ähnlich hohem Niveau (z. B. 2023: 12). 2024 konnten nicht alle Zahlen von den Kooperationspartner*innen mitgezählt werden, weshalb die Zahl deutlich niedriger ausfiel. Im Motiv Antiziganismus wurde vor allem strukturelle Benachteiligung erfasst (2025: 7). Einer Schwangeren wurde zum Beispiel in einer medizinischen Einrichtung in einem Notfall aus antiziganistischer Motivation die Behandlung verweigert. Zudem wurden drei Bedrohungen bzw. Beleidigungen dokumentiert.

In die Kategorie „Rassismus allgemein“ wurden alle Vorfälle aufgenommen, die gegen sonstige rassifizierte Personengruppen und pauschal gegen Migrant*innen gerichtet waren. 2025 blieb die Häufigkeit dieser Fälle auf ähnlichem Niveau wie im Vorjahr (2025: 71; 2024: 72). Dazu zählt auch die Verwendung des Kampfbegriffs der Neuen Rechten „Remigration“. Beim Großteil der Fälle handelte es sich um Aufkleber und Schmierereien. Allerdings wurden auch Veranstaltungen, Angriffe, Beleidigungen und Bedrohungen dokumentiert: Im Bürgeramt Reinickendorf beispielsweise verhielt sich ein Kunde rassistisch und NS-verherrlichend. Der Mann äußerte sich abwertend und rassistisch gegenüber zwei Angestellten und gab an, anstatt seiner Unterschrift mit Adolf Hitler unterschreiben zu wollen. Er teilte einem Mitarbeiter unter anderem mit, dass er nach seiner Auffassung nicht in Deutschland sein sollte und deutete an, dass er sich draußen mit ihm prügeln wollte.

Feindbild Politische Gegner*innen steigt als Motiv deutlich an

Besonders stark gestiegen sind Vorfälle, die sich gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten richteten (2025: 50; 2024: 27). Fast alle dieser Vorfälle sind **Neonazi-Propaganda** wie Hetze gegen Antifaschist*innen, gegen Parteien wie „Die Linke“ und „Die Grünen“ sowie gegen Linke im Allgemeinen. Bei etwa 40 Prozent dieser Aufkleber oder Schmierereien wurden zudem weitere inhaltliche Motive bedient, zum Beispiel Verharmlosung bzw. Verherrlichung des Nationalsozialismus, LGBTIQ*-Feindlichkeit oder Rassismus. Auffällig ist jedoch im Vergleich zum letzten Jahr, dass der Großteil der Schmierereien und Aufkleber sich explizit und ausschließlich „Anti-Antifa“ zuordnen lassen. Die Steigerung der Anfeindungen gegen antifaschistische und linke Akteur*innen könnte auch den internationalen und bundesweiten Diskurs widerspiegeln, der solche zunehmend kriminalisiert: Beispielsweise die Kleine Anfrage der Partei „CDU“ zu NGOs, die mediale Verhandlung des „Antifa-Ost“- und des Budapest-Verfahrens sowie die Einstufung der „Antifa-Ost“ als Terrororganisation durch die USA und die Niederlande. Es wird also immer salonfähiger, sich offen gegen zivilgesellschaftliche und antifaschistische Organisationen zu äußern. Bei detaillierter Betrachtung der Anti-Antifa-Propaganda fällt auch eine Häufung des Zahlencodes 1161 („Anti-Antifa“) auf. Sein vermehrtes Auftauchen könnte auf jüngere Neonazis hindeuten, die sich in Reinickendorf bewegen.

Verherrlichung oder Verharmlosung des Nationalsozialismus und rechte Selbstdarstellung

Die Anzahl der Vorfälle, bei denen Nationalsozialismus verharmlost oder verherrlicht wurde, ist auch im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Der Aufwärtstrend, der seit mehreren Jahren beobachtet wird, dauert an. 15-mal wurden Schmierereien gemeldet, die ein oder mehrere **Hakenkreuze** darstellten. Beispielsweise haben auf einem Friedhof in Heiligensee Unbekannte 41 Grabsteine, vier Parkbänke, einen Brunnen, eine Kapellentür sowie Baugeräte mit Nazisymbolen beschmiert. Sie brachten unter anderem Hakenkreuze und den Schriftzug „NSDAP“ an. Derselbe Schriftzug wurde, in Kombination z.B. mit Hakenkreuzen, vier weitere Male in Reinickendorf gemeldet. Bei einem weiteren Vorfall in Heiligensee wurden auf insgesamt 18 Autos NS-verherrlichende Schmierereien entdeckt, darunter der Schriftzug „NSDAP“ sowie Hakenkreuze.

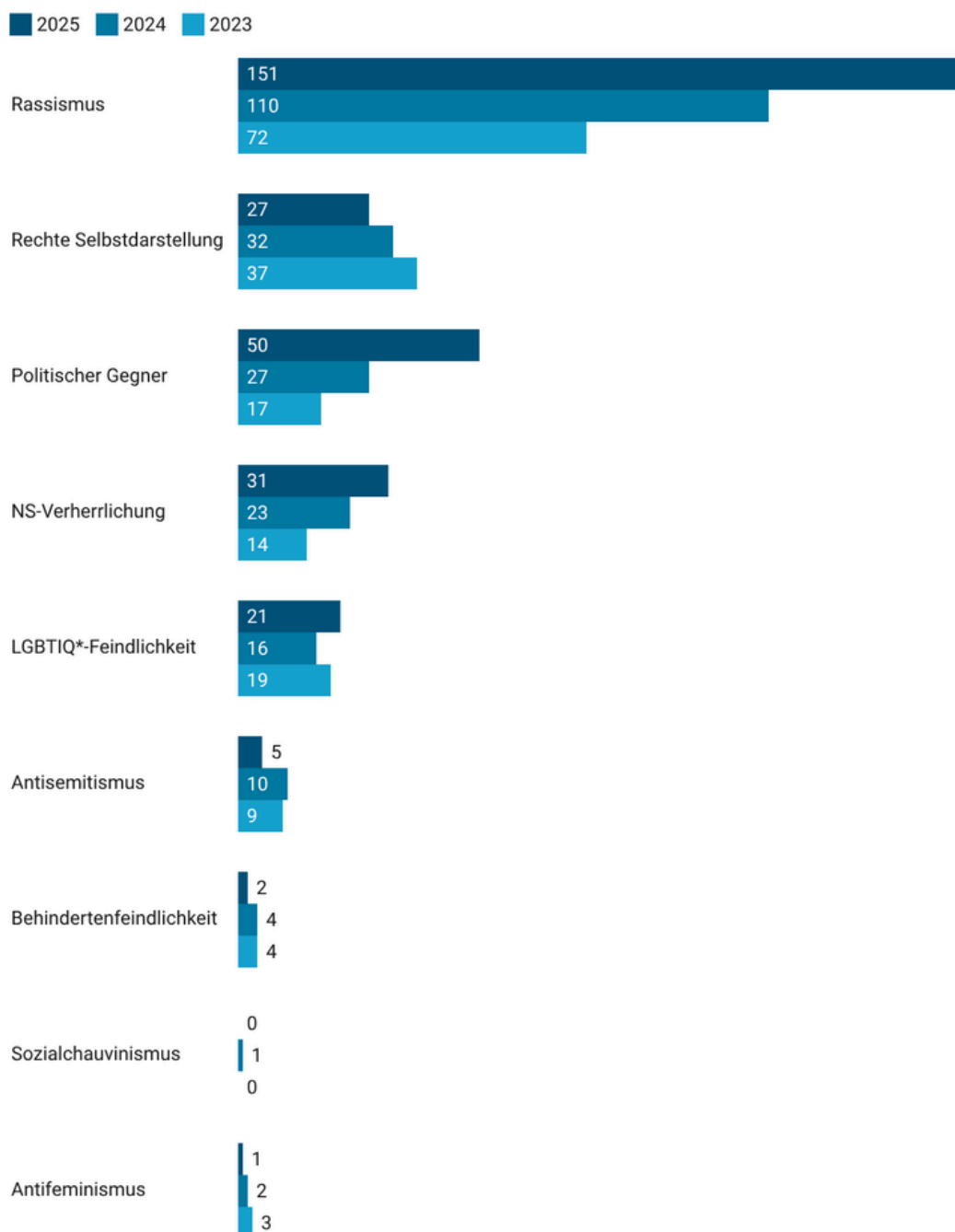
Anstieg von Queerfeindlichkeit

Die Anzahl der dokumentierten Fälle, die sich gegen Personen aus der **LGBTIQ-Community** richteten, ist im Vergleich zu den Vorjahren etwas anstieg (2025: 21; 2024: 16; 2023: 16). Einer der Vorfälle war ein Angriff, bei dem ein 29-Jähriger von einem anderen Mann erst homofeindlich beleidigt und dann bespuckt wurde. In vier der Vorfälle kam es zu Beleidigungen und Pöbeleien gegen queere Personen. In diesem Jahr wurden besonders viele Fälle von struktureller Benachteiligung (2025: 6, 2024: 1) queerer Personen dokumentiert, was über Meldungen durch den neuen Kooperationspartner QueerHome zu erklären ist, welcher Wohnberatung für queere Personen anbietet. Alle Fälle der **strukturellen Benachteiligung** waren Fälle, in denen geflüchtete Menschen betroffen waren. Eine intersektionale Verschränkung mit der Kategorie „Rassismus“ ist hier anzunehmen. Der Großteil dieser Fälle betraf den Ortsteil Tegel. Um Betroffene zu schützen, können keine genaueren Angaben gemacht werden.

Antisemitische Vorfälle bleiben auf niedrigem Niveau

Die Zahl der **antisemitischen Vorfälle** ist im Vergleich zu den Vorjahren leicht gesunken (2025: 5; 2024: 10; 2023: 9). Einer der fünf Fälle war ein antisemitischer Angriff. Außerdem wurde eine Beleidigung dokumentiert. Bei einer **Sachbeschädigung** im Ortsteil Reinickendorf wurde ein vermeintlich jüdischer Nachname auf einem Klingelschild zerkratzt. Ein Bezug zu Israel/ Palästina wurde in drei der Fälle dokumentiert. Wie in den Vorjahren schien sich der Nahost-Konflikt auch im Jahr 2025 in Reinickendorf nicht in einer Häufung antisemitischer Vorfälle niederzuschlagen anders als in den Innenstadtbezirken.

Vorfallsmotive



Erstellt mit Datawrapper

Sozialchauvinismus und Behindertenfeindlichkeit: Nach wie vor hohe Dunkelziffern

Die wenigsten Vorfälle ließen sich den Motivkategorien Behindertenfeindlichkeit und Sozialchauvinismus zuordnen. Es wurden lediglich zwei behindertenfeindliche Vorfälle dokumentiert. Ein Fall betraf rassistische und behindertenfeindliche Diskriminierung im Wohnverhältnis im Ortsteil Tegel. Ein weiterer Fall betraf ein Quartiersmanagement, das sich der Umsetzung der barrierefreien Dokumentenerstellung verweigerte.

Im Bereich Sozialchauvinismus ist von einer noch höheren Dunkelziffer auszugehen, da viele Betroffene, wie wohnungs- und obdachlose oder drogenabhängige Personen, kaum über Ressourcen verfügen, ihre Erlebnisse zu melden. Im Jahr 2025 wurde kein sozialchauvinistischer Vorfall dokumentiert (2024: 1).

Ausblick: Lokale Dynamiken im Kontext gesellschaftlicher Entwicklungen

Die Entwicklungen im Jahr 2025 deuten darauf hin, dass sich bundesweite und internationale Diskurse zunehmend auch auf lokaler Ebene in Reinickendorf niederschlagen. Insbesondere die Verbotsdebatte über „die Antifa“ trägt dazu bei, dass politische Gegner*innen der extremen Rechten verstärkt als Feindbild markiert werden. Auffällig ist dabei, dass entsprechende Vorfälle immer häufiger ohne weitere ideologische „Nebenmotive“ auftreten und sich gezielt gegen antifaschistische und zivilgesellschaftliche Akteur*innen richten.

Gleichzeitig lässt sich eine stärkere Verbreitung rechter Jugendkultur beobachten. Diese äußert sich unter anderem in einer Zunahme von Schmierereien und Propaganda, insbesondere in bürgerlich geprägten Ortsteilen am Stadtrand. Die Entwicklung deutet auf eine flächendeckende Präsenz entsprechender Inhalte im öffentlichen Raum hin.

Rassismus bleibt darüber hinaus ein zentrales und kontinuierliches Motiv. Insbesondere antimuslimische Narrative, wie sie etwa im Kontext politischer Debatten und Wahlkämpfe verbreitet werden, können sich auf das lokale Klima auswirken. Dies zeigt sich unter anderem in einer erhöhten Zahl von Beleidigungen und Anfeindungen im öffentlichen Raum, von denen insbesondere Frauen mit Hijab betroffen sind. Extrem rechte Akteur*innen und Parteien greifen diese Themen auf und verstärken entsprechende Diskurse.

Mit Blick auf kommende politische Entwicklungen – etwa der Wahlkampf zur Wahl des Abgeordnetenhauses in Berlin im Jahr 2026 – ist davon auszugehen, dass sich diese Dynamiken weiter zuspitzen.

Impressum

Redaktion: Projektkoordination
Register Reinickendorf

E-Mail: register-rd@lvs.stiftung-spi.de

Telefon: 0152 282 45 37

Web: <https://www.stiftung-spi.de/projekte/register-rd/>
<https://berliner-register.de/reinickendorf>

V.i.S.d.P.:

Andrea Niemann

Stiftung SPI

Geschäftsbereich Lebenslagen, Vielfalt & Stadtentwicklung

Belforter Straße 20

10405 Berlin

Gefördert durch		im Rahmen von	
BERLIN			DEMOKRATIE. VIELFALT. RESPEKT.
Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung		Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus	

Stiftung SPI
Lebenslagen, Vielfalt &
Stadtentwicklung

